

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O, Müdersdorfer Str. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.
Postfach-Konto der Hauptkassa 9367 Berlin.

Schriftleitung:

Berlin O, Müdersdorfer Straße 60.

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Mk. (ohne Postgebühren), bei Zusendung unter Kreuzband 1,70 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Petitzeile 40 Pfg.

Nummer 32.

Berlin, den 6. August 1911.

12. Jahrgang.

Die christlichen Gewerkschaften in 1910.

I

Mitgliederbewegung und Finanzgebahrung.

Der Jahresbericht des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands für das Jahr 1910 konstatiert mit Recht, daß diese ein erfolgreiches Jahr hinter sich haben.

Nach außen beträchtlich gewachsen, innerlich wesentlich gefestigt, stehen sie am Schlusse des Berichtsjahres vor der Öffentlichkeit. Alle Anstrengungen der vielen und mächtigen Gegner haben den Vormarsch der christlichen Berufsverbände nicht hindern können. Mit einer Zunahme von 36 000 neuen Anhängern hat ihre Mitgliederzahl erstmals das dritte Hunderttausend überschritten.

Im Jahresdurchschnitt 1910 zählten die christlichen Gewerkschaften 295 129 Mitglieder gegen 270 751 im vorausgegangenen Jahre, was eine Zunahme von 24 378 = 9 pCt. bedeutet. Bis zum Schlusse des Jahres 1910 dagegen stieg die Mitgliederzahl auf 316 115 gegen 280 061, so daß in Wirklichkeit die Mitgliederzunahme der christlichen Gewerkschaften im vergangenen Jahre 36 054 = 12,8 pCt. betrug.

Die Mitgliederentwicklung der christlichen Gewerkschaften im letzten Jahrzehnt wird durch folgende Ziffern veranschaulicht. Die Mitgliederzahl betrug am Jahreschluss:

Jahr	Mitglieder	Jahr	Mitglieder
1901	84 497	1906	260 040
1902	84 667	1907	284 649
1903	91 440	1908	260 767
1904	118 917	1909	280 061
1905	191 690	1910	316 115

Der Rückgang im Jahre 1908 ist eine Erscheinung, die sich bei allen deutschen Gewerkschaftsgruppen bemerkbar machte und die auf die damalige wirtschaftliche Depression zurückzuführen ist. In 1911 hat die günstige Entwicklung vom Vorjahr ebenfalls angehalten: in den ersten sechs Monaten dieses Jahres hatten die christlichen Gewerkschaften eine weitere Zunahme von circa 40 000, so daß ihr gegenwärtiger Mitgliederbestand die 350 000 überschritten hat.

Von einzelnen Verbänden hatten im Jahre 1910 eine Zunahme zu verzeichnen: Metallarbeiter 9961, Textilarbeiter 9869, deutsche Eisenbahnhandwerker und -arbeiter 8014, Holzarbeiter 2095, Tabakarbeiter 1824, Bergarbeiter 1121, Lederarbeiter 909, Nahrungsmittelindustriearbeiter 856, Kellner 700, Württembergische Eisenbahner 681, Schneider 497, Maler 304, Bauarbeiter 182, Gutenberg-Bund 114.

Einige Verbände hatten im vorigen Jahre einen kleinen Mitgliederverlust, aber an dem Aufschwung des laufenden Jahres sind alle Berufe beteiligt, so daß sich die christliche Gewerkschaftsbewegung gegenwärtig anschaut, das vierte Hunderttausend Streiter unter ihrem Banner zu vereinigen.

Die Kassenverhältnisse gestalten sich noch befriedigender wie die Mitgliederentwicklung. In den letzten Jahren war eine stete Steigerung zu beobachten, was aus folgenden Ziffern hervorgeht. Es hatten die christlichen Gewerkschaften Einnahmen, Ausgaben und Vermögen in den Jahren:

Jahr	Einnahme	Ausgabe	Vermögen
	Mk.	Mk.	Mk.
1901	395 367	209 533	197 592
1902	466 910	328 456	325 086
1903	678 252	552 447	455 970
1904	884 517	711 640	690 374
1905	2 343 122	2 150 511	1 249 408
1906	3 378 833	2 709 260	2 370 782
1907	4 311 595	3 193 978	3 487 735
1908	4 394 745	3 556 224	4 513 409
1909	4 612 920	3 843 504	5 365 338
1910	5 490 994	4 916 270	6 113 710

Die Einnahmen stiegen somit in 1910 gegenüber dem Vorjahre von 4 612 920 Mark auf 5 490 994 Mark, die Ausgaben von 3 843 504 Mark auf 4 916 270 Mark, während sich der Vermögensbestand von 5 365 338 Mark auf 6 113 710 Mark erhöhte.

Die einzelnen Posten auseinandergezogen, be-
trugen:

	1910	1909
	Mk.	Mk.
Einnahmen:		
Aufnahmegebühren	46 423	34 817
Beiträge	4 749 641	4 143 104
Extrabeiträge	273 916	23 986
Sonstige Einnahmen	421 014	397 301
Ausgaben:		
Verbandsorgan	420 039	404 050
Agitation	588 596	448 218
Streiks- und Gemahregelunterstützung	1 239 500	489 023
Reise- und Arbeitslosenunterstützung	168 461	195 536
Krankengeld	634 469	647 723
Sterbegeld	205 013	197 089
Rechtsschutz	114 756	146 497
Sonstige Unterstützungen	31 576	27 605
Gehälter	137 006	117 059
Verwaltungsausgaben	204 145	198 452
Bibliothek und sonstige Bildungszwecke	146 908	39 235
Beitrag an den Gesamtverband	48 533	52 256
Anteil der Lokalkassen	818 075	717 440
Sonstige Ausgaben	159 193	150 150

Die Einnahmen an Aufnahmegebühren haben sich sonach gegenüber dem Vorjahre um 11 608 Mark erhöht, während die regelmäßigen Beiträge eine Steigerung um 606 537 Mark erfuhr. Was in allem liegt in den Endzahlen: 5 491 000 Mark Einnahme, 4 916 060 Ausgaben und 6 114 000 Mark Vermögen eine reale Macht verkörpert, mit der Freund und Feind im öffentlichen Leben zu rechnen haben.



Und ob es bläst aus West, aus Ost:
Seg' nur zurecht dein Segel,
Halt' fest das Steuer und fahr' getrost —
So lautet die Seemannsregel.



Sozialdemokratische Ungereimtheiten.

Um die „christliche Agitationsmethode“ zu „kennzeichnen“, ereignete sich kürzlich der „Grundstein“ über unseren Bezirksleiter in Posen, der auf den gedruckten Tarifverträgen für Schwerin a. B. die Firma des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes weggelassen hatte. Ein Uebereinkommen, die Verträge gemeinschaftlich brachen zu lassen, bestand entgegen der Behauptung des „Grundstein“ nicht, ist also unwahr. Das Blatt schloß damit:

„So wird die Wahrheit gefälscht und die Mitglieder getäuscht von christlichen Agitatoren. Das müssen nette Christen sein, die zu solchen Schwindelmanövern greifen. Auf diese Weise werden den Mitgliedern die Erfolge des christlichen Verbandes vorgeführt. Im bürgerlichen Leben würde man eine solche Täuschung als Urkundenfälschung behandeln, und der Täter könnte mit dem Gefängnis einige Bekanntheit machen. Wir beurteilen die Sache milde und begnügen uns mit dem Hinweis auf die Moral, die in der christlichen Agitationsmethode liegt. Die „Baugewerkschaft“ ist sicherlich erfreut über ihren genialen Agitator in Posen, der auf diesem Wege den Deutschen Bauarbeiterverband vernichtet, von dem er sich möglichst noch die Unkosten zum Teil zurückzahlen lassen hat.“

Erschien uns die Angelegenheit an sich unbedeutend, so diese Schlussfolgerung aber nicht. Und zwar aus einem besonderen Grunde. Wie mag nämlich eine ganze Anzahl Angestellter des Deutschen Bauarbeiterverbandes erschrocken gewesen sein, als sie so von ihrem eigenen Verbandsorgan charakterisiert wurden, waren doch gerade sie in dieser Angelegenheit die Lehrmeister der Christlichen. Sie waren es, die zuerst die Geflossenheit einführten, trotz gemeinsamen Vertragsabschlusses auf den für die Mitglieder gedruckten Tarifverträgen die Firma des christlichen Verbandes zu streichen. Daher mußte sie das Urteil ihres Verbandsorgans um so härter treffen, denn man braucht nur statt „christlich“ „sozialdemokratisch“ zu setzen, und die Sache ist fertig.

Wir empfehlen dem „Grundstein“, sich bei seiner Frankfurter Gauleitung zu erkundigen, ob man nicht dort bereits im Jahre 1904 die in Frage stehende Praxis eingeführt hat. Auch die Kölner Gauleitung des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes ließ in 1906 den Titel und die Unterschriften des christlichen Bauarbeiterverbandes weg. Unsere Bezirksleitung ließ das jedoch nicht hingehen, sondern legte Beschwerde bei der Reichsrechnungskommission ein. Und da ist es von besonderem Wert, was der Gauleiter Muth laut Protokoll der Sitzung vom 26. Juli 1908 ausführte. Es heißt da:

„Herr ... legt einige gedruckte Verträge vor. Von 1903 bis 1906 habe der Vertrag stets so bestanden, ohne daß jemand Einspruch erhoben hätte. Ihre Organisation habe nicht nötig, den Leuten bekanntzugeben, daß auch noch ein christliches Verbändchen an der Schließung des Vertrages teilgenommen habe. Er könne nicht glauben, daß Herr Lange es ernst damit meine, daß die freie Gewerkschaft auch noch Propaganda für das christliche Verbändchen machen soll. Es seien bis jetzt dadurch keine Unzuträglichkeiten entstanden.“

Ist das nicht reizend gegenüber der oben angeführten moralischen Entrüstung des „Grundstein“ über unsere Posener Bezirksleitung? Hoffentlich überträgt sich die „Freude“, die er uns zumutet, jetzt auf ihn selbst, denn er hat ja wirkliche Ursache dazu. Wir können aber nicht unterlassen, zu bemerken, daß sich gegenwärtig seltsam weltfremde Menschen im „Grundstein“ zu bewegen scheinen.

Damit sind wir aber noch nicht am Ende, der Hereinfall wird noch wider. Uns liegt nämlich von Posen ein gedruckter Vertrag des „freien“ Maurer- und jetzigen Bauarbeiterverbandes aus den Jahren 1908 und 1910 vor. Und seltsam: in beiden fehlt die Firma des christlichen Bauarbeiterverbandes. Dabei sitzen aber gerade die Beschwerdeführer im „Grundstein“ in Posen. Wie man uns von dort mitteilt, ging die „freie“ Maurerverbandsleitung erstmalig in 1908 zu dieser Praxis über. Unsere Leitung folgte nicht ganz, sie ließ nur in der Einleitung die „freien“ Verbände fort, die Unterschriften waren dagegen mit der Verbandsfirma voll angeführt. Als der Bauarbeiterverband, dessen Verträge in 1910 zwei Monate vor den unserigen gedruckt wurden, seine Praxis beibehielt, geschah das auch unsererseits.

Und weiter! Da uns die „Moral“ des „Grundstein“ sehr vergnüglich anregte, konnten wir nicht widerstehen, ihr hier und da ein bißchen nachzugehen. Und das Resultat? Eine ganze Wucht „Schweriner“ Fälle. Beispielsweise wollen wir nur den Gau Nürnberg anführen. Hier haben „gefälscht“, „getäuscht“, „Schwindelmanöver“ getrieben, „vorgeführt“, die „netten Sozialdemokraten“ in Nürnberg, Amberg, Schweinfurt, Würzburg, Bad Kissingen und Forchheim. Wollten wir nun den vom „Grundstein“ für das bürgerliche Leben angeblich üblichen Grundfragen folgen, müßte „man eine solche Täuschung als Urkundenfälschung behandeln, und der Täter könnte mit Gefängnis einige Bekanntheit machen“. Wir begnügen uns mit dem Hinweis auf die Seele, hinter der man bekanntlich niemand sucht, ohne nicht selbst dahinter gelegen zu haben.

So kann man hereinfallen, geheimer „Grundstein“ und das ganz grünlich. Ja, ja, wer den Schaden hat — — —

Etwas anderes! Die „Frankfurter Volksstimme“ läßt sich unter dem 12. Juli „aus bürgerlichen Kreisen“ ein „wärmherziges Bekenntnis“ über den Kampf der Arbeiterklasse (des Sozialdemokraten) zuschicken. Kräftig wird darin auf die „Christlich-Sozialen“ und „schwarzblauer Block“, die Lebensmittelverteurer, die damit die Arbeiter zu Streiks treiben, sollen, so heißt es weiter, „sich nicht geizen, durch Ablehnung der Erbschaftsteuer, in reichem Wohlleben sitzend, mit schmunzelndem Lächeln erbarmungslos die drückenden Steuern auf die Schultern der Minderbemittelten, auf die Schultern der Armen abzuwerfen, um den reichen Klöstern die fetten Erbschaftsprüden nicht zu schmälern.“

Das ist doch wenigstens mal etwas Neues und auch Erheiterndes. Aber damit begnügt sich die Stimme „aus bürgerlichen Kreisen“ nicht, anscheinend sollte das auch nur die Einleitung zu dem beabsichtigten Refrain sein, der also lautet:

„Und die Mitglieder dieser Christlich-Sozialen sind die Arbeitswilligen, als Pharisäer an der Tür des Tempels stehend, sich stolz auf die Brust schlagend: „Herr, ich bin nicht wie diese Roten.“ —

„Nein, der Christlich-Soziale ist kein Roter, ein braver Mann, der dankbar für die Ehre ist, mit seinem gepöppelten Beitrag seinen Rücken salbungsvollen Worten beugen, dankbar für die Ehre seinen Rücken unter drückenden Steuern krümmen, dankbar für die Ehre, als geduldiges, williges Schaf betrachtet zu werden, um seinen Rücken auf „Unterstreichen“ bieten zu dürfen.“

Dieser brave Mann entbehrt nichts, opfert nichts, säet nicht, aber er erntet, er scheut und schämt sich nicht, die von

den „taufstüßigen“ Streckenden schwerer Frucht mühselos zu pflücken, als selbstverständlich erdunenes Gut zu genießen. Welchen Kampf würde dieses geduldige Schaf entfachen, wenn man ihm diese Gemeinshaft mit den verhassten Kloten streitig machen, ihm die erkämpfte Lohnhöhe kitzeln wollte.

Aber der brave Mann steht auch unter dem Schutze der Polizei. Ein Schutzmann bewacht und begleitet ihn in seine Wohnung.

Doch ungeheuer folgt ein grauer, unheimlicher Schatten. Er heftet sich an die von der Arbeit beschmutzten Kleider, ficht sich mit an den Tisch, greift höhnisch aus allen Ecken des Zimmers. Es ist der Stuch der Verachtung der kämpfenden Genossen.

Dieser „Gemüts“-Ausbruch „aus bürgerlichen Kreisen“ zieht stark nach „Blut-Wendel“. Er wird doch nicht in der „nahen Wälderstadt“ sein Amwesen treiben? Gezeichnet ist der Erguß mit F. Wenn das Himmel heißen soll, dann stimmt es, denn einen solchen hat der Schreiber ganz bestimmt. Natürlich halten wir die „Stimme aus bürgerlichen Kreisen“ für einen waschechten „Genossen“. Daran ist gar nicht zu zweifeln.

Die Sache hat aber auch eine sehr ernste Seite. Diese aller Wahrheit widersprechende Geze zettigt den traurigen Terrorismus der so fanatisierten „Genossen“ gegen christlich organisierte Arbeiter. Sind die christlichen Arbeiter wirklich solche traurigen, charakterlosen Geschöpfe, wie man sie hier hinstellt? Dann wären die Worte Kirdorfs, die Christlichen sind gefährlicher als die Sozialdemokraten, das Sonderbarste, was es je gegeben. Jähren die christlichen Gewerkschaftler etwa niedrigere Beiträge als die Sozialdemokraten? Und dazu werden sie verwannt? Brauchte denn der christliche Bauarbeiterverband im vergangenen Jahre z. B. 750 000 M zu opfern, wenn er seinen „Rücken allen Rückenstreichen“ willig bietet? Die „Volksstimme“ leistet sich eine nichtsnährige, schamlos verlogene Geze gegen die christlichen Arbeiter. Vielleicht kann der „Grundstein“ sich nun eher erklären, woher die gegenseitige Abneigung kommt.

Dieser Tage war in Berlin eine Abordnung französischer Gewerkschaftsführer, zwecks Studium der deutschen Gewerkschaften. Natürlich durften die bekannten obligaten Friebearen in international-sozialistischem Jargon nicht fehlen. Dabei leistete sich einer der französischen Gewerkschafts-„Generäle“, die die Arbeiter von Niederlage zu Niederlage mit ihrem „Star“ geführt haben, Jovet mit Namen, im Hinblick auf die bestehenden Marokkoverträge den Ausspruch:

„Betrachtet es nur einmal, ihr Schafsköpfe, ein Volk gegen das andere aufzubehen, ein Volk gegen das andere zu bewaffnen. Ihr werdet sehen, daß die Völker vielleicht einen anderen Gebrauch von den Waffen machen, die Ihr ihnen in die Hand gebt.“

„Süßlicher, minutenlanges Beifall“ der deutschen sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer wird bei dieser Worten verzeichnet. Die preussische Regierung nahm den „Schafskopf“ nicht billig hin, sondern wies Jovet kurzerhand aus. Als die Polizei nach ihm sah, war der „stärkere“ Franzose schon ausgerückt. Auf dem internationalen Bergarbeiterkongress in London spielte sich eine ähnliche Komödie ab. Dort legte der belandete Otto Hue gegen die „bezüglichen Kriegsgeher“ los. Natürlich unter lautem Beifall der Engländer und Franzosen. Und warum auch nicht! Da die deutsche Politik den Franzosen und Engländern einen Strich durch die Rechnung gemacht hat, ist ihnen Hilfe von deutscher Seite am willkommensten. Und die Sozialdemokratie leistet sie ihnen. Angeblich weil wir kein Interesse an Marokko hätten. Sonderbar! Warum haben denn die Franzosen ein so großes Interesse daran? Hat Marokko keine gewaltigen Ergläger, die für die deutsche Industrie von größter Bedeutung sind? Und wo sollen wir auf die Dorer mit unseren jährlich um eine Million zunehmenden Reichthümern hin? Und haben wir nicht auch eine nationale Ehre? Das ist die „Katerlandliebe“ unserer deutschen Sozialdemokraten. Die englischen Sozialisten sprachen sich noch vor ganz kurzer Zeit für eine Verpfändung der englischen Fette aus. Warum wohl? Etwas aus internationaler „Solidarität“?

Zum Schluß noch etwas anderes. Als wir kürzlich den Sechsmünder unserer Organisation, Genold in Gelsenkirchen, kennengelernt und anforderten, ihm eine devote Aktion zu erteilen, die er auch inzwischen durch zwei Protestveranstaltungen erhalten hat, erwiderte in einigen roten Notizen eine die Tausende empfindende Notiz mit der Bemerkung, wir hätten zu Tausenderten gegen Genold angesetzt. Das uns natürlich im Traum nicht einfiel. Da nun auch eine ähnliche Notiz in der roten „Bergarbeiterzeitung“ erschien, glauben wir kaum, in der Quelle selbstergeben, woher sie kommt. Aus denselben Quelle können eine andere Notiz zu kommen, die christlichen Gewerkschaften hätten laufende Wirt und Konsum als Ehrenmitglieder, die natürlich in den Statuten als „freie christliche Gewerkschaftsmitglieder“ zitiert. Wieder ein Wunder. So etwas ein solches Ehrenmitglied figuriert, erhält er für fünf Mark Beitrag des Bergarbeiterverbandes, das in Abonnement in der Regel teuer kommt. Da ist ein Brief bemerkenswert, der kürzlich der Vorstand des christlichen Bergarbeiterverbandes an die Redaktion der roten „Bergarbeiterzeitung“ richtete. Als nämlich der Gewerbeverein zu seiner Generalversammlung sozialdemokratische Beobachter nicht zulaß, ließ die rote Presse jenseitigen Stuch, redete von Ausschluss der Öffentlichkeit usw.

In dem Brief des Gewerbevereins heißt es: „An der Generalversammlung Genold mit Anwesenheit der sozialdemokratischen Presse Vertreter sämtlicher Tagespressen, parteipolitischen und unpolitischen Charakter trittbar. Ueber...“

war zeitweise so betrunken, daß sein Verhalten von den Teilnehmern der Generalversammlung unangenehm und störend empfunden wurde. Die Gäste unserer Generalversammlung, sowie die Herren Vertreter der Presse, welche Herrn Potorny irrthümlicherweise als Delegierten des Gewerbevereins ansetzen mußten, haben die Klärung vor dem Gewerbeverein und dem Bergarbeiterverband bei seinem Publikum verloren. Entsprechend dem Zustand Ihres Vertreters war auch sein Bericht. Wir danken für solche Presseberichte.“

Herr Potorny ist heute Leiter des sozialdemokratischen Korrespondenzbureaus in Düsseldorf. Der Schreiber der „Hamol“- und „Ehrenmitglieder“-Notizen in der roten Presse scheint sich im gleichen Zustand befunden zu haben, wie Potorny in Saarbrücken. Handelt sich etwa um die gleiche Person? Diese Frage wird man mit Recht stellen dürfen.

Der Verband westdeutscher Konsumvereine e. U.

hielt am 23. und 24. Juli im Coloniahaus in Köln seinen ordentlichen Genossenschaftstag ab, der überaus stark besucht war. Herr Verbandsdirektor Schlaef, der die Tagung leitete, begrüßte eingangs die Erschienenen, namentlich die Herren Abgeordneten Beher, Frank und Hinkmann, Parteisekretär Dr. Jörg, Generalsekretär Stegerwald, Direktor Feldmann vom Verband rheinpreussischer Genossenschaften usw. Bedauern müsse er es, daß die Stadt Köln keinen Vertreter entsandt habe.

Generalsekretär Stegerwald überbrachte Grüße vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften. Der Konsumvereinsgedanke werde sich innerhalb absehbarer Zeit ebenbürtig durchsetzen, wie die christlichen Gewerkschaften das getan hätten. Abg. Beher wünscht der Tagung ebenfalls einen guten Verlauf. Die gerechten Forderungen des Verbandes wolle er an geeigneter Stelle vertreten. Direktor Feldmann überbringt Grüße vom Leiter der rheinpreussischen Genossenschaft, Geh. Rat Havenstein. Abg. Hinkmann (nall.) verspricht, daß er und seine Freunde die berechtigten Interessen des Verbandes vertreten würden. Abg. Frank bemerkt, daß er im Auftrage der Zentrumsfraction erschienen sei. Seine Partei wolle den Genossenschaften ihr gutes Recht lassen und es nicht unterbinden.

Herr Verbandsdirektor Schlaef dankte den Rednern und beschäftigte sich dann des näheren mit dem (sozialdemokratischen) Zentralverband deutscher Konsumvereine in Hamburg. Selbst wenn einzelne Führer dieses Verbandes die Neutralität wollten, wären sie nicht in der Lage, im genannten Verbands die Neutralität zu wahren, wobei Redner auf Vorkommnisse aus neuerer Zeit hinwies. — Ebenfalls bejahte derselbe die Verhältnisse im Allgemeinen Verbands, dessen Anwalt Dr. Krüger im Abgeordnetenhaus kein Wort gegen die Ausführungen des Abg. Hammer gefunden habe. — Die Lage der Konsumvereine sei eine aufwärtsstrebende. Der Verband weise 52 715 Mitglieder mit einem Umsatz von 17 Millionen Mark. Je größer die Kämpfe gegen die Konsumvereine seien, desto größer sei deren Reizanzboden geworden. Allerdings seien auch einige Vereine in Liquidation getreten und einer habe Kontakt angemeldet. Einbringlich wisse er Vorstände und Aufsichtsräte ermahnen, ihre Pflicht zu tun. Der große Aufschwung nötige dazu, einen zweiten Sekretär anzustellen. Des weiteren werde eine Verwaltungskorrespondenz herausgegeben werden. Die Gegner der Konsumgenossenschaften hätten erreicht, daß auch einige Handelskammern, die Vertreter des wettbewerbswidrigen Großkapitals, und der Hansabund, dessen Mitglieder auch die Warenhäuser seien, gegen die Konsumgenossenschaften Front gemacht hätten. Durch freundliche Ausnahmegerichte wolle man die Bestrebungen der Konsumvereine hinanhalten. So habe der fomerative Abg. Hammer im Landtage ein solches Ausnahmegericht beantragt. Hiernach solle der feste Rabatt der Konsumvereine befreit werden, der nach Ansicht der Gerichte nicht als Reingewinn in Betracht kommen könne. Redner wirt dann einen Hinblick auf das bisherige steuerrechtliche Gebiet der Konsumvereine. Das Gesetz, wonach die Konsumgenossenschaften der Einkommensteuer unterliegen, trage von allen Genossenschaften nur diese. Der § 8 des Gewerbesteuergesetzes und der § 5 des Warenhaussteuergesetzes bedeuten eine Zurücksetzung der Konsumgenossenschaften. Es sei jetzt des Urrechts genug. Man wolle keine Bevorzugung, sondern nur gleiche Steuern, gleiche Rechte. Der Antrag Hammer, über den Redner sich noch des einzelnen verbreitet, solle ausgenutzt werden, um zu agitieren für die Konsumgenossenschaften. Nachdem Redner noch einen Heberblick über den Stand des Verbandes gegeben, schloß er seine Ausführungen.

Herr Verbandsdirektor C. Baum berichtete Johann über den Stand des Verbandes. Die Zahl der Vereine betrug am 1. Januar 1910 63, der Zuwachs im Jahre 1910 22, es schieden 7 aus, so daß die Zahl der Vereine am 1. Januar 1911 78 und bis heute bereits 91 betrage. Der Gesamtumsatz der Vereine belief sich im Jahre 1909 auf 12 460 497 Mark, im Jahre 1910 auf 16 875 415 M. Der Umsatz im eigenen Geschäft stieg von 9 650 283 M auf 13 045 003 M, der Umsatz im Lieferantengeschäft von 2 810 211 M auf 2 929 412 M. Die Zahl der Verkaufsstellen stieg von 206 auf 265, der beschäftigten Personen von 502 auf 714. Die gesamten Aufkosten betragen 933 217 M, an Steuern wurden gezahlt 1909 42 568 M, 1910 57 689 M. Der erzielte Uebertrag 1909 1 305 241 M. Na Rückvergütung wurden 2 bis 15 Prozent bezahlt. Die Gesamtbilanz im Berichtsjahre wies an Aktiven 4 037 947 M, an Passiven 2 732 753 M auf. Redner gab noch Erläuterungen, wie ein weiteres Ausbreiten des Verbandes zu ermöglichen sei. An der Saar und im Saarland ist es Redner in letzter Zeit gelungen, eine Anzahl Vereine zum Beitritt zum Verband zu veranlassen. Dem Verbands liege die Pflicht ob, neben der Vertretung der allgemeinen Konsumvereinsinteressen die interessierten Kreise über den sozialdemokratischen Charakter des Zentralverbandes sowie über die im Allgemeinen Verbands herrschende Abolenz Konsumgenossenschaftlicher Interessen

geklärt zu werden. Es entspann sich dann eine heftige Debatte, in der Herr Verbandsdirektor Schlaef u. a. bemerkte, daß der Antrag Hammer bei Geschehen der „Eintracht“ Wülheim-Rhein eine Mehrbekämpfung von 50 000 M ansetzen werde.

Sollte der Antrag Hammer Gesetz werden, so bleibe der Weg noch offen, den die Hamburger Konsumgenossenschaft „Produktion“ bereits beschritten habe, die sich in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt habe. Man würde derartige Wege nur ungern beschreiten, aber man lasse sich die Lebensader nicht unterbinden. Schließlich fand nachstehende Resolution einstimmige Annahme:

„Der 4. Genossenschaftstag des Verbandes westdeutscher Konsumvereine in Köln am 23. und 24. Juli protestiert mit aller Entschiedenheit gegen den von der verstärkten Handels- und Gewerbekommission des Abgeordnetenhauses angenommenen Antrag Hammer, wonach die von den Konsumvereinen in jeder Form gewährten Rabatte als Einkommen besteuert werden sollen. Die Versammlung verurteilt die Annahme des Antrages um so mehr, als derselbe ein Ausnahmegericht gegen die Konsumvereine darstellt, da der gleiche Rabatt der anderen Genossenschaften sowie der Rabattsparvereine steuerfrei bleiben soll. Sie verurteilt ferner den selben aus dem Grunde, weil die Durchführung des Antrages wiederum eine Verteuerung der Lebensmittel und Wirtschaftsbedürfnisse für diejenigen Volksschichten bedeutet, welche auch einen großen Teil der Lasten der Finanzreform zu tragen haben. (Kaffee, Tabak, Bier, Zündholzsteuer usw.) Zulezt protestiert die Versammlung noch mit aller Entschiedenheit gegen die Tendenz des Antrages, der nicht zum Ziel hat, die Konsumvereine einer gerechten Steuer zu unterwerfen, denn das ist heute schon der Fall, sondern dieselben um einer Anzahl Händler willen in ihrem Streben, der großen Volksmasse billige Lebensmittel zu verschaffen, hindern will. Die Versammlung richtet die bringende Bitte an die volksfreundlichen Abgeordneten des preussischen Landtages, dem Untvage ihre Zustimmung verjagen zu wollen.“

— Diese Resolution soll dem Landtage und einer Reihe Abgeordneten zugehen. Nachmittags erstattete Herr Verbandsdirektor Braun den Kassenericht des Verbandes. Bei einem Bestande von 2668,41 M wurden 23 456,66 M vereinnahmt. Es verblieb ein Betrag von 5188,88 M. Es wurde einstimmig Entlastung erteilt. Ferner war die Versammlung einstimmig mit dem Vorschlag für das laufende Jahr einverstanden, wonach u. a. ein weiterer Sekretär angestellt und eine alle 14 Tage erscheinende Verwaltungskorrespondenz eingeführt werden wird. Bei der Ergänzungswahl des Vorstandes wurde der auscheidende Herr Bissels-Werden wiedergewählt. Bei den Ergänzungswahlen des Ausschusses wurden gewählt die Herren Gewerkschaftssekretär Mies-Goch und Arbeitersekretär Holle-Pippstadt.

Gegen 6 Uhr fuhr die Teilnehmer der Tagung mittels Extrawagen der Vorortbahn zur Besichtigung der Neuanlagen der „Eintracht“ in Wülheim.

Die Sitzung am Montag leitete ebenfalls Herr Verbandsdirektor Schlaef, der eingangs Herrn Dr. Höfeler-M-Glabbad, als Vertreter des Volksvereins, begrüßte. Zunächst sprach Herr Geschäftsführer Bissels-Werden über: „Unsere nächsten Aufgaben“. Der Verband westdeutscher Konsumvereine müsse seine Ideen mehr wie bisher in die bürgerlichen Kreise hineintragen. Der Einfluß der Sozialdemokratie auf genossenschaftlichem Gebiete müsse zurückgebrängt werden. Es bestände sonst die Gefahr, daß die bürgerlichen Parteien unter dem Eindruck der sozialdemokratischen Tendenzen im Zentralverbande alle genossenschaftlichen Bestrebungen unterdrückten. Die Sozialdemokratie verkünde es aller Welt, daß sie die genossenschaftliche Bewegung als Mittel zum Zweck zur Erreichung ihres Endzweckes gebrauche. Es genüge nicht, nur auf die materiellen Bestrebungen hinzuweisen, auch die idealen Werte der Bewegung müßten in den Vordergrund gerückt werden. Der Verband kämpfe gegen die Auswüchse des modernen Großkapitals und gegen den in einer Richtung der Konsumvereine sich breit machenden politischen Sozialismus. Daß Kreise von der Genossenschaftsbewegung bebrängt werden, könne man nicht leugnen; aber die Wirtschaftsentwicklung gehe ihren Weg. Fördere man diese nicht, dann nehme die kapitalistische Form überhand. Wenn die genossenschaftliche Selbsthilfe des Mittelstandes allgemein staatliche Hilfe erhalte, dann könne man die Konsumgenossenschaftsbewegung nicht verdammen. Weiter sei notwendig die Weiterbildung der Mitglieder auf genossenschaftlichem Gebiet. England sei hier nachzusehen. Weiter besprach Redner noch den Ausbau der gemeinsamen Bezugskasse und die Zusammenlegung kleinerer Genossenschaften. Die Eigenproduktion will Redner nur dort errichtet wissen, wo der organisierte Absatz gesichert sei. Den Schluß des Vortrages bildeten Gedanken über die Propagierung der Konsumgenossenschaftsidee bei den Gewerkschaften, über Beamtencorporationen, überhaupt die Erfassung aller bürgerlichen Kreise.

Ueber „Genossenschaftliche Grundzüge“ sprach Herr Verbandsdirektor Feldmann-Bonn. Redner bemerkte, die Genossenschaften seien ein Allheilmittel gegen die Schäden an unserem Wirtschaftskörper; sie seien aber ein Mittel, die Lage der mittleren und unteren Volksschichten zu bessern durch Verbilligung des Einkaufs der notwendigen Nahrungsmittel. Einen genossenschaftlichen Zusammenschluß der gegenteilen Produktion halte er für unbedenkbar. Redner sprach sich gegen die Dividendenreiterei aus und verurteilte, daß einzelne Genossenschaften bis zu 15 Prozent Dividenden verteilen. Zum Schluß gab der Referent einen Hinblick über die historische Entwicklung des Genossenschaftswesens.

Die Diskussion über beide Vorträge war eine sehr reger. Herr Hartmann-Düsseldorf verwies u. a. auf die Aussperrung der Mitglieder der christlichen Tabakarbeiterorganisation am Niederrhein. Folgende Entschliessung fand einstimmige Annahme:

„Der 4. Genossenschaftstag des Verbandes westdeutscher Konsumvereine spricht den ausgesperrten Tabakarbeitern des christlichen Tabakarbeiterverbandes des Niederrheins seine Sympathie und Unterstützung aus. Der Genossenschaftstag ersucht die angeschlossenen Vereine, bei Weeg Bezügen nur diejenigen Unternehmer zu berücksichtigen, die den berechtigten Wünschen der Arbeiter bezüglich Lohn- und Arbeitsverhältnisse entsprechen.“

Jungeroffenschaftsbewegung in der Gewerkschaftsbewegung ihre Hauptstütze findet, so fühle sie sich doch nicht als eine reine Arbeiterbewegung, sondern als eine Volksbewegung; besonders mißten die Privatbeamten mehr wie bisher für die Bewegung begeistert werden.

Es wurde beschlossen, eine Eingabe an den Reichstag zu richten, eine durchlaufende Statistik über die Genossenschaftsbewegung herauszugeben. Für den nächstjährigen Genossenschaftstag wurde Essen in Aussicht genommen.

Carifbrüche im Münchener Baugewerbe.

Gute Baukonjunktur und zahlreiches Vorhandensein von Auftragsarbeiten zieren in diesem Jahre die Münchener Bauwelt. Starter Arbeitswechsel, das Emporkommen eines erhöhten Machtgefühes bei den Beteiligten, worunter auch der vermehrte sozialdemokratische Terrorismus fällt, sowie häufige Streitigkeiten zwischen Unternehmer und Arbeiter mit gerichtlichem Ausmaß sind einige der unangenehmen Folgeerscheinungen. Dem entgegen zu wirken, gehört mit zu den Hauptaufgaben der führenden Kreise der vertragschließenden Parteien. Jedoch bei der Zuspätkommenheit, die bei Zellermeier im Arbeitgeberverband, und bei mehreren Führern im sozialdemokratischen Bauarbeiterverbande Münchens schon zu wiederholtem Male zu beobachten war, hat in vorbezeichneten Sache wiederum den Beweis geliefert, daß dieselben ihre Aufgaben mit weit mehr Eifer als Geschick betreiben, und so Mißgriffe schwerer Art erzeugen, die von den richterlichen Instanzen als Vertragsbrüche der Organisationen gekennzeichnet wurden.

Nachstehend einige Beispiele.

Bei dem Baugeschäft Pflüger hat im Mai d. J. eine rot organisierte Affordkolonne verlangt, daß die von ihr übernommene, aber noch nicht fertiggestellt gewesene Puharbeit sofort ausgemessen und der sich ergebende Ueberschuß entweder sofort auszubezahlen, oder von den Baukapitalisten sichergestellt wird. Dieses Verlangen lehnte Pflüger unter Berufung auf den mit dem Partieführer abgeschlossenen Affordvertrag ab. Darauf hat die ganze Kolonne die Arbeit eingestellt, und streifte nach den Baukapitalisten, um ihr vermeintliches Recht zu bekommen. Als dieselbe von der Verteiltheit ihres Unternehmens überzeugt war, wollte sie die Arbeit bei Pflüger wieder aufnehmen, wurde aber von letzterem abgelehnt. Nun trat die rote Verbandsleitung in Aktion, die nach ihren Beschlüssen nur solche Affordparteien schließen will, die ihr vor Unterzeichnen des Affordvertrages denselben vorgelegt hat, obwohl dies die betreffende Affordpartei nicht getan hatte, wobei der Verbandsbeamte Wagner den Unternehmer bedrohte, wenn er die alte Affordpartei nicht wieder beschäftige, so bekomme er auf dieser Baustelle (Ducci-Grasstraße) keine Maurer mehr. Ebenso hat B. mehrmals Maurer, die bei der „Bestreiten“ Baustelle zu arbeiten angingen, herausgeholt. Außerdem hat der „Freiende“ Partieführer regelmäßig Streikposten gestanden, und von Zeit zu Zeit Bericht über den „Stand der Bewegung bei Pflüger“ im roten Verbandsbureau erstattet. Bei dieser Gelegenheit hat ihm die rote Bauleitung nach Pilatusmanker nahegelegt, daß sie für seine Handlungen bei Pflüger keine Verantwortung übernehmen. Das ganze ein Schauspiel für Götter, gepaart mit einer starken Portion gewerkschaftlicher Unfähigkeit und Mangel an Verantwortungsgewißheit seitens der roten Führer, hat jedem, der sehen und hören wollte, klar gezeigt, daß sich der sozialdemokratische Bauarbeiterverband eines Verstoßes gegen den § 9 des Tarifvertrages schuldig gemacht hatte. Als dies auch die Führer im sozialdemokratischen Bauarbeiterverbande fühlten, haben dieselben nach alter Schmelmentaktik: „Haust du meinen Juden, so haue ich deinen Juden, den Arbeitgeberverband f. d. B. gedroht, wenn er veranlasse, daß ihre Organisation des Vertragsbrüches schuldig gesprochen wird, so werden sie ihm ebenfalls mehrere Vertragsbrüche aufzählen. Schon schien es, als ob dieses rote Manöver bei den Vertretern der Arbeitgeber in der Schlichtungskommission Gegenliebe gefunden habe; dieselbe setzte der Leitung des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes acht Tage Zeit, um ihr begangenes Unrecht bei Pflüger wieder gut zu machen. Aber trotzdem dieselbe nach ihrer Darlegung dem vollauf nachgekommen, hat die Leitung des Arbeitgeberverbandes die Begnadigung verweigert, und die ganze Sache vor das Einigungsamt des Gewerbegerichtes München zitiert. Dasselbe fällt am 27. Juni in oben bezeichnete Sache folgenden Schiedspruch:

„In der Angelegenheit der Firma Pflüger ist die Stellungnahme des Bauarbeiterverbandes, Zweigverein München, als nicht den Bestimmungen des Tarifvertrages entsprechend zu beurteilen.“

Fast komisch mutet es einem an, wenn zu der gleichen Zeit, wo der Münchener Arbeitgeberverband f. d. B. als Kläger gegen den „Deutschen“ Bauarbeiterverband auftritt und sich als Sieger geriert, derselbe schwarze Listen hinausgibt, und so zum Angeklagten schwerer Ordnung wird. Den Anlaß hierzu sollen nach Darlegung des Arbeitgebersekretärs Bergmüller drei Baufirmen gegeben haben. Bei zwei Firmen hatten Maurer ihre Entlassung genommen, weil sie einen wenig lohnenden Afford übernehmen sollten. Diese Entlassung der einzelnen Arbeiter ist nach den Affordparagrafen nicht zu beanstanden; somit ist das Eingreifen des Arbeitgeberverbandes ein vertragswidriges Beginnen gewesen, und wiegt um so schlimmer, weil er die „unbotmäßigen“ Arbeiter mit den schwersten Arbeitgeberrmaßnahmen belegte. Bei der dritten Firma hatten acht Zimmerer die Entlassung des Poliers gefordert, was von denselben, nach unserer Anschauung mit Recht, abgelehnt wurde. Daraufhin haben dieselben gleichzeitig insgesamt ihre Entlassung genommen. Wenn im letzteren Falle der Arbeitgeberverband die Schlichtungskommission angerufen hätte, statt gleich schwarze Listen hinauszugeben, so hätte er mindestens das Gleiche erreicht als so, und wäre dabei nicht vertragsbrüchig geworden.

Die Arbeitgebervertreter Zellermeier und Bergmüller mußten das Vorhandensein der schwarzen Listen zugeben, nur wollten sie mildere Beurteilung des ganzen Vorfalles, weil es seit drei Jahren wieder die erste schwarze Liste sei, und außerdem schon

wieder eingezogen, also außer Kraft sei. Am 12. Juli hatte sich das Einigungsamt München u. a. mit dieser Affäre zu befassen. Bei dieser Gelegenheit sollte der Arbeitgebervertreter Bergmüller erneut seine Anschauung auf, daß die Entscheidung, ob die Herausgabe von schwarzen Listen ein Vertragsbruch sei, nicht einem lokalen Einigungsamt, sondern einzig und allein dem Zentralschiedsgericht zustehe. Da sich zu der Auffassung Bergmüller weder die Vertreter der Münchener Bauarbeiterchaft, noch das Einigungsamt bekamen, so hat letzteres in dieser Sache folgenden Schiedspruch gefällt:

„Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe München und Umgebung hat sich durch die Herausgabe schwarzer Listen vom 21. Juni 1911 eines Verstoßes gegen die Bestimmungen des Tarifvertrages schuldig gemacht.“

Bei Gegenüberstellung der zwei vorstehenden Schiedsprüche ist zweifelsohne der letztere viel schlimmerer Natur. Jedoch denselben nach allen Regeln der Sensationshabscherei zu bearbeiten, wie es die sozialdemokratische Presse getan, hätte gerade diese am wenigsten vonnöten gehabt. Abgesehen von: den zuerst dargelegten Schiedspruch, der den sozialdemokratischen Bauarbeiterverband des Vertragsbrüches bezichtigt, den die sozialdemokratische Presse aber geflissentlich unterschlagen, sind dem gleichen Verbands bei den Verhandlungen, wo der Arbeitgeberverband der Beurteilung war, wiederum recht unsaubere Machinationen nachgewiesen worden, die ihm beinahe wieder einen Vertragsbruch eingetragen hätten.

Außerdem war die Stellungnahme der „Münchener Post“ bei dem Umlauf der schwarzen Listen, die vorstehend gekennzeichnet sind, eine Art Doppelspiel. Während dieselbe in dem redaktionellen Teil nach echt sozialdemokratischen Weisen über die „Scharfmacherallüren eines Zellermeier und Konforten“ herfällt, sucht sie im Infertenteil für die Baustelle, wo hauptsächlich die schwarzen Listen ausgingen: Maurer! Was würde die sozialistische Presse sagen, wenn ein bürgerliches Blatt so etwas beging? So aber denkt sie jedenfalls: Geld sinkt nicht.

Rundschau.

Bildungsarbeit in den sozialdemokratischen Gewerkschaften. Die Berliner Filialen des sozialdemokratischen Lithographen- und Steinbrucker-Verbandes haben einen besonderen Bildungsausschuß eingesetzt, der die Aufklärung und Schulung der Mitglieder systematisch zu betreiben hat. Das geschieht hauptsächlich durch wissenschaftliche Vortragsfolgen, deren bis jetzt nach dem Verbandsorgan „Graphische Presse“ (29. 1911) sieben stattgefunden haben. Und welche Wissenschaft wird hier verzapft? Das Programm sagt es uns. Es enthält unter anderem folgende Vorträge: „Vom Urter zur Menschheit“ (vier Abende); „Sind die Lebewesen geschaffen oder geworden?“; „Woher stammen die Menschen?“; „Mensch und Affe, verglichen in Körperbau und Körperverrichtung“; „Die tierische Abstammung des Menschen“. Daß auch die Darwinische Entwicklungslehre, natürliche Juchtwahl usw. nicht fehlt, versteht sich nach dem vorher Angeführten von selbst. So zum diese religiös „neutakten“ Themen behandelt wurden, sagt die „Graphische Presse“ offen heraus:

„Wenn der Ausschluß seine Tätigkeit mit der Veranstaltung dieser beiden Vortragsfolgen aus dem Gebiete der Naturwissenschaft begann, so ließ er sich dabei von der Tatsache leiten, daß in der Volksschule der am liebsten gepflegte Unterrichtsgegenstand die Religion ist. Die biblische Schöpfungsgeschichte hält die Gemüter gefangen, verhindert bei unzähligen die Durchdringung zu einer freien Weltanschauung, die Emancipation vom blinden Glauben zu einem selbständigen, auf den Fortschritt gerichteten Denken. Daher muß ihr die natürliche Entwicklungslehre, dieses Resultat der ersten Fortschritt freier Geister, entgegengestellt werden. Das ist durch die beiden Vortragsfolgen geschehen.“

Neuerst bezeichnend ist, daß diese „Bildungsarbeit“ vom Hauptorgan der freien Gewerkschaften („Korrespondenzblatt“ Nr. 21, 1911) als Vorbild und nachahmenswert hingestellt wird. Und ferner muß die Tatsache doppelt zu denken geben, daß in genannten Gewerbe auf Grund einer Reichstagsgemeinschaft ein sozialdemokratisches Arbeitsmoral bezieht, das alle Berufsangehörigen, auch die christlichen Gesellen und Lehrlinge, in den „freien“ Verband hineinzieht, der sie dann mit solcher „Bildungsarbeit“ vom blinden Glauben zum selbständigen Denken „bilbet“.

Arbeiterkontrolle im Baugewerbe Hessens. Auf eine Anfrage im hessischen Landtag teilte der Minister v. Somboldt mit, daß die Regierung geeignete Personen aus dem Arbeiterstande zur Kontrolle der Bauten heranzuziehen beabsichtige.

Blumensage und Gewerksverein der Heimarbeiterinnen. Die Klagen, die anlässlich der zahlreichen Blumentage über den Tiefstand der für Herstellung der Blumen gewählten Löhne geführt worden sind, haben den „Berliner Neuesten Nachrichten“ zufolge einen bemerkenswerten Erfolg zeitigt. Die Verantwalter des Blumentages in Banne in Westfalen sind auf den Vorschlag von Frau Gnaud-Kühne eingegangen, den Gewerksverein der Heimarbeiterinnen direkt mit der Blumenlieferung zu beauftragen. Die Hauptgeschäftsstelle in Berlin hat dann der Sekretärin der Leipziger Ortsgruppe die Ausführung des Auftrages (in Sachen ist die Blumenindustrie vor allem heimisch) überwiesen. Diese Gruppe kann zwar die Bestellungen nur teilweise auf eigene Rechnung in ihrer Betriebswerkstätte ausführen und muß den größten Teil an Fabrikanten weitergeben. Aber diese müssen sich vertraglich verpflichten, den Arbeiterinnen ein Mindestverdienst von 25 Pf. zu gewähren und die Zurechnung des Vertrages kontrollieren zu lassen. Die Erfahrung lehrt, daß wohlgestraute Fabrikanten bereitwillig einen solchen Vertrag unterschreiben. Sie sind froh, wenn Schmutzkonkurrenz auch auf diesem Wege bestärkt wird. Somit hat sich die Hauptgeschäftsstelle des Gewerksvereins der Heimarbeiterinnen jetzt als Vermittlungsstelle ausgetan und erbittet Bestellungen.

Der Pariser Bauarbeiterstreik — beiloren. Der Pariser Bauarbeiterstreik ist nach einigen wenigen Tagen zusammengebrochen. Die Gründe dafür sind verschieden. Zunächst, daß sich ein verhältnismäßig großer Teil Bauarbeiter dem Zustand überhaupt nicht anschloß, sodann die bei französischen Ausländern üblichen Ausschreitungen, der Hauptgrund war der Mangel an Mitteln. Der Verband der französischen Bauarbeiter zählt zirka 90 000 Mitglieder und erhebt einen Zentralbeitrag von sage und schreibe 25 Cent (20 Pf.) pro Monat. Die Pariser Bauarbeiter selbst zahlen 90 Pf. bis 1 Mark pro Monat. Daß damit keine Kämpfe zu führen sind, braucht nicht betont zu werden. Das Bezahlen ist eben die schlechteste Seite der Franzosen, dafür aber reißt sie das Maul um so weiter auf. Damit aber gewinnt man keine Kämpfe, Mutation, das ist die

Hauptfache. Solange die französischen Gewerkschaften die heutige Revolutionen- und Generalstreikspielerei betreiben, nützen sie nichts den Arbeitern, im Gegenteil, sie schädigen sie.

Die Hausbesitzer gegen die Baugenossenschaften. Während alle Welt sich darüber klar ist, daß wir an einem weitgehenden Wohnungselend leiden, und daß Staat und Kommune beider eingreifen müssen, sind die Hausbesitzer anderer Meinung. Sie verfahren mit wahrer Mut alle gemeinnützigen Wohnungsreformbestrebungen, vor allem die Baugenossenschaften, denen aus den Versicherungsanstalten Mittel zu billigen Zinsfuß abgegeben werden. Auf dem Hausbesitzertag am 19. Juli zu Chemnitz wurde erklärt, daß man den Unlichgreifen einer solchen Krankheit, also der Gewährung billiger Hypotheken, mit aller Entschiedenheit entgegenarbeiten müsse. Das sind doch „humane“ Menschen. Das Umspringen mit den Mietern und das Steigern der Mieten könnte ja auch dadurch beinträchtigt werden.

Gegen das Kantinenwesen. Der Magistrat der Stadt München hat an die Gewerkschaften folgendes Schreiben ergoßen lassen:

„Das Kantinenwesen, insbesondere auf Bauten, hat in der letzten Zeit eine ungeheure Ausdehnung erfahren. Dieser gegenwärtige Zustand wird von den Brauereien und von den Bauunternehmern unangenehm empfunden, von den letzteren aus dem an sich verständlichen Grunde der Erlangung weiterer, nicht unbedeutender Absatzmöglichkeiten für ihre Erzeugnisse, von den letzteren bezahlt, weil es üblich geworden ist, daß die Brauereien den Bauherren für die Erlaubnis der Errichtung solcher Kantinen nicht unbeträchtliche Entschädigungen zahlen.“

Als ungeheuer ist dieser Zustand jedoch zu erachten vor allem mit Rücksicht auf die gesundheitsschädlichen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterbevölkerung; die Verteilung von Bier an die Arbeiter erfolgt durch... daran interessierten Kantinenpächter häufig in überflüssiger, auch im Interesse der Sicherheit der Bauführung zu bekämpfender Maße; die Arbeiter werden nicht nur durch Gewährung von Vorständen an die Kantinenpächter gebunden und zu möglichst lange dauerndem Aufenthalt in den Kantinen auch während der Mittagszeit und nach Schluß der Arbeit veranlaßt, es wird auch mit allen möglichen Mitteln versucht, trotz des bestehenden gesetzlichen Verbots, von den Kantinen aus den am Bau beschäftigten Arbeitern während der Arbeitszeit Bier anzubringen.

Ueber Missethände in dieser Richtung sprachen sich auch aus die Jahresberichte für das Jahr 1910 der bayerischen Gewerbeaufsichtsbeamten, insbesondere der des 7. Gewerbebezirks für den Kreisbezirk München, sowie die 2. Regierung von Oberbayern, Kammer des Innern, mit Entschiedenheit vom 14. Mai d. J.

Dem gegenwärtigen Zustande muß aber auch im Interesse der anstehenden Vollwirke entgegengetreten werden. Als Mittel zur Eindämmung des Kantinenwesens erwägt nun der Magistrat den Erlass eines Ortsstatuts nach § 12 der Volksgesetzgebung vom 29. März 1892, beschränkt auf die Gewerbe um die Erlaubnis zum Betriebe von Kantinen, wozu auch diese Erlaubnis, abgesehen von der Prüfung der Lebensmittelverhältnisse der Geschäfte und der Lokalfrage auch noch von dem Nachweis eines vorhandenen Bedürfnisses abhängig sein soll.

Da im Hinblick auf § 142 RGO. vor dem Erlasse derartiger Kantinarischer Bestimmungen die beteiligten Gewerbetreibenden und Arbeiter anzuhören sind, ersuchen wir um tatkraftige baldige Stellungnahme zu dieser Frage und Anmerkungen anher.“

Dieses Vorgehen ist zu begrüßen, und sollte Nachahmung in ganz Deutschland finden.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperri sind: Aorkmar (Streik der Maurer), Düsseldorf, die Firma Jenzen für Zimmerer, Berlin (Dachdecker) die Firma Ullhaus, Ackerstr., Essen (Fliesenleger) Sperre über die Eisener Baumaterialien, Vertriebsgesellschaft Lange u. Comp., Köln, für Plattenleger die Zwißnermeister Gesellen, Tirschenreuth (Streik der Zimmerer), Osabrück (Streik der Zimmerer), Lüdinghausen (Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter), Fischbach, Walz (Sperre über den dortigen Mühleneenan), Gelsdorf (Fliesenleger, Sperre über die Firma Stölze wegen Nichterhalten des Tarifs), Neutaled (Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter). Zugzug ist ferngehalten.

Achtung! Dortmund. Der Arbeitsnachweis der Unternehmer in Dortmund ist gesperrt. Zureichenden oder arbeitslos werdenden Kollegen wird Arbeit auf unserem Bureau, Westerblichstraße 64, nachgewiesen.

Berlin. Bei dem Stuktureurmeister M. Eier traten die Kollegen am Montag, den 24. Juli, in Streik. Der in diesem im vorigen Jahre abgeschlossene Tarifvertrag sollte auch hier durchgeführt werden, weil die Firma zum großen Teil Arbeiter auf Wiesener Gebiet anstellt. Die bisherigen Löhne betragen für Pließer 45 Pf., für Stuktureure 50 Pf. und für Hilfsarbeiter 40 Pf. Zureichend weniger Stunden war die Gegenleistung erledigt, nachdem die Firma einnahm, daß sämtliche Arbeiter einmütig die Arbeit niederlegten. Der Erfolg war, die Firma erkennt den Wiesener Tarifvertrag an. Hierdurch beträgt der Lohn für Pließer 53 Pf., für Stuktureure 58 Pf. und für Hilfsarbeiter 44 Pf. Die Arbeitszeit betrug bisher 11 1/2 Stunden. Von jetzt ab ist sie auf 10 Stunden festgelegt. Au den Kollegen muß es jetzt liegen, das Vereinbarte hochzuhalten und die Organisation besser auszubauen. Unangenehm ist das es überhaupt nicht mehr geben; dafür zu sorgen, muß Aufgabe der Kollegen sein. Die Kollegen gehören zum größten Teile unserem Verbande an.

Neuwied, 25. Juli 1911. Seit Montag voriger Woche streiken die Maurer und Hilfsarbeiter in Streik. Die eingereichte Forderung wurde mit Ausnahme des Unternehmers v. Reich nicht beantwortet. Eine Verhandlung, die infolge des Vorstellungsverdens der Bezirksleiter der beteiligten Organisation auf Sonntag, den 25. Juli, stattfinden sollte, kam infolge dererspitterung im Arbeitgeberverbande nicht zustande. Die Arbeit wurde daher am Montag auf einstimmigen Beschluß einer am Sonntagabend, den 22. Juli, stattgefundenen gemeinsamen Versammlung einmütig niedergelegt. Der Streik unter den Kollegen ist gut. Gilt derselbe so weiter an, dann dürfte der Kampf recht bald entschieden sein. Zugzug nach Neuwied 41 strengstens fernzuhalten.

Berlin. Die Überzeugung von der Wichtigkeit eines Tarifvertrages will bei den Unternehmern nur sehr schwer Platz greifen. Keine Gelegenheit wird von den Herren verkannt, um durch irgendeinen Winkelzug vertragsbrüchig werden. Erst vor kurzer Zeit nahen wir über einen Unternehmer v. ... verhängen, weil er den Vertragslohn nicht bezahlte. Jetzt hatte man aber schon wieder ein anderes Mittel zum Vertragsbruch gefunden, man wollte auf Schiedswege wieder die 11stündige Arbeitszeit einführen. Diesmal ging aber die Sache vom Vor-

Berlin. Die Überzeugung von der Wichtigkeit eines Tarifvertrages will bei den Unternehmern nur sehr schwer Platz greifen. Keine Gelegenheit wird von den Herren verkannt, um durch irgendeinen Winkelzug vertragsbrüchig werden. Erst vor kurzer Zeit nahen wir über einen Unternehmer v. ... verhängen, weil er den Vertragslohn nicht bezahlte. Jetzt hatte man aber schon wieder ein anderes Mittel zum Vertragsbruch gefunden, man wollte auf Schiedswege wieder die 11stündige Arbeitszeit einführen. Diesmal ging aber die Sache vom Vor-

Berlin. Die Überzeugung von der Wichtigkeit eines Tarifvertrages will bei den Unternehmern nur sehr schwer Platz greifen. Keine Gelegenheit wird von den Herren verkannt, um durch irgendeinen Winkelzug vertragsbrüchig werden. Erst vor kurzer Zeit nahen wir über einen Unternehmer v. ... verhängen, weil er den Vertragslohn nicht bezahlte. Jetzt hatte man aber schon wieder ein anderes Mittel zum Vertragsbruch gefunden, man wollte auf Schiedswege wieder die 11stündige Arbeitszeit einführen. Diesmal ging aber die Sache vom Vor-

Berlin. Die Überzeugung von der Wichtigkeit eines Tarifvertrages will bei den Unternehmern nur sehr schwer Platz greifen. Keine Gelegenheit wird von den Herren verkannt, um durch irgendeinen Winkelzug vertragsbrüchig werden. Erst vor kurzer Zeit nahen wir über einen Unternehmer v. ... verhängen, weil er den Vertragslohn nicht bezahlte. Jetzt hatte man aber schon wieder ein anderes Mittel zum Vertragsbruch gefunden, man wollte auf Schiedswege wieder die 11stündige Arbeitszeit einführen. Diesmal ging aber die Sache vom Vor-

Während des Arbeitgeberverbandes aus. Einigen Arbeitern wurde nämlich zu verstehen gegeben, daß anstatt bis 6 Uhr bis 7 Uhr ebenfalls gearbeitet werden soll. Wer nicht bis 7 Uhr arbeitet, der würde später die Folgen zu tragen haben. Die Arbeiter ließen sich bedauerlicher Weise von den Trabanten des Unternehmens einschüchtern, und arbeiteten bis 7 Uhr, auch noch ohne jeden Aufschlag für die Ueberstunden. Der Unternehmer Kubitzki, welcher auch kein Freund von einem Tarifvertrag ist, sagte sich, was mich Vorjüngler macht, ist auch für mich ganz gut, also wird auch bis 7 Uhr gearbeitet. Verschiedene persönliche Vorstellungen von Seite des Bezirksleiters blieben erfolglos. Man versprach wohl Abhilfe, aber es blieb bei dem Versprechen. Schließlich wurde die Angelegenheit dem Schiedsgerichte unterbreitet, welches in einer Sitzung am 14. Juli folgenden Schiedspruch fällte:

Bekanntmachung.

Vor dem Einigungsamt bei dem Gewerbeamt Weiden kam heute zwischen dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Weiden, vertreten durch den Vorstand, Bauunternehmer Otto Keller, und den Bauunternehmer Lorenz Kubitzki und der Ortsgruppe Weiden des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands, vertreten durch den Verbandsführer Nikolaus Sommer, folgende Einigung zustande, welche gemäß § 70 des Gewerbeamtgesetzes hiermit veröffentlicht wird:

Der Vertreter der Arbeitnehmer erklärt, daß er auf jede Weise Sorge tragen werde, daß der Tarifvertrag, insbesondere der § 3 betr. die Ueberstunden von Seiten der Arbeiter genau eingehalten, vor allem, daß kein Arbeiter sich zur Leistung von Ueberstunden anbietet oder herandrängt.

Die beiden Vertreter des Arbeitgeberverbandes erklären, die Bestimmungen des Tarifvertrages einzuhalten, vor allem Ueberstunden nur zu dulden oder zu verlangen, wenn die Voraussetzungen des § 3 des Tarifvertrages vorliegen, ferner daß sie die tarifmäßigen Ueberstundenlöhne einhalten werden.

Sie verpflichten sich insbesondere Sorge zu tragen, daß die Tarifbestimmungen betr. Ueberstunden innerhalb des Arbeitgeberverbandes für Weiden und Umgebung eingehalten werden.

Vor Festlegung des Protokoll-Inhaltes findet sich ein Herr Rechtsanwalt Gumpel aus Nürnberg als Syndikus des vorhabenden Verbandes der Arbeitgeber für das Baugewerbe:

Sorgelesen, genehmigt und unterschrieben:

Johann Bönengel, Johann Gagn, Johann Bergler, Georg Hebbauer, Lorenz Kubitzki, Nik. Sommer, Otto Keller, Knorr, rechtsl. Bürgermeister als Vorsitzender.

Das Einigungsamt bei dem Gewerbeamt Weiden; Knorr, rechtsl. Bürgermeister.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Montagsmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen die Kollegen in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag den 6. August, der dreißigste Sonntag, Beitrag fällig ist.

Maurer.

Danzig. Die Verwaltungsjahre kann am 28. Juli auf ein elfjähriges Bestehen zurückblicken. Kollege Wieberg war es, der hier den ersten zarten Sproß der christlichen Gewerkschaften pflanzte. War der Boden auch feindlich und hart, für den jungen Baum bot er genug Lebenskraft. Die Schädlinge, die überall zu finden sind, die rauen Stürme hier an der Meeresküste und diejenigen, die befürchten mußten, daß ihre eigenen Gewächse durch das Gedeihen des neuen Baumes verlieren würden, waren Feinde, die damals trachteten, ihn zu vernichten. Mit vieler Mühe gelang es ihnen, ihr Vorhaben anzuführen. Ein Schilling war aber von Freunden nach den in der Nähe Danzigs idyllisch gelegenen Orten Oliva-Poppo verpflanzt und entwickelte sich unter der Pflege seiner Beschützer ziemlich gut. Hatten die Feinde in Danzig geglaubt, mit dem Untergang des Baumens wäre es für immer vernichtet, so hatten sie sich geirrt. Aus der Wurzel entsproß ein neuer Stamm, der trotz aller Anfeindungen seine Kraft und Frische nicht in Gottes freier Natur hinausprelle. Heute nach elf Jahren ist es ein stattlicher Baum geworden und ein gutes Beispiel hat es gesetzt, daß gerade am Geburtsstage die ersten 100 voll sind, heute können wir sagen, daß der Baum mit einem zahlreichen Geißel einen süßeren Saft denjenigen bietet, die zu ihm kommen. Betrachten wir den Bestand unserer Verwaltungsjahre, dann finden wir ein zwar langsam, aber stetiges Wachsen der Mitgliederzahlen. Die Wirtschaftskrisen, die überall Wunden schlugen, haben uns nicht anhalten können. Jetzt, wo wir uns durchsetzen, wo wir, durch anhaltenden Nachschub gestärkt sind, heißt es vorwärts auf der beschwerlichen Bahn. Wegen Dornen und Dornen unserer Weg bedecken, ein kühnes Ziel ist unser Ziel, wert der Mühen und Arbeit. Neue Sproßlinge sind gesät, neue Streiter reifen sich an, stetig wächst die Zahl, aber noch sehr viele stehen uns fern. Darum laßt uns eifrig kämpfen, um unsern Verband in seinem Fortwärtstreben zu helfen. Um aber in der Verwaltungsjahre eine einseitige Arbeit und somit einen sicheren Erfolg zu erzielen, wurden in der letzten Vorstandssitzung geeignete Maßnahmen getroffen, die von dem Bezirksleiter und der Bezirkskonferenz genehmigt wurden. Es herrscht in allen Gruppen und fast bei allen Kollegen eine gute Resonanz. Ein alter Bezirksleiter erklärt, ein jeder will soviel wie möglich dazu beitragen, um die Zahl der Verbandsmitglieder zu erhöhen. In den Versammlungen ist es eine Freude, den Berichten der Kollegen zu lauschen, überall heißt es, ja und ja, und ja, und ja sind zu verzeichnen. Die jungen Jünglinge Frank und Höpferlein, kann geglaubt, beteiligen sich an der Agitation, wie die alten, im Kampf gegen die Feinde und hart gegen die Feinde. Aber auch die Kollegen, die bis jetzt ein treues Mitglied sind, und sich schämen können auf des Arbeit, des dich drückt, raffe dich auf, auch du sollst ein Streiter sein, auch du sollst dich sagen können: ich habe geholfen, unsern Verband zu stärken, habe geholfen, neue Kräfte zu werben, habe geholfen,

die Wege zu ebnen, ich war einer von denen, die erst spät, aber nicht zu spät erkannten, daß das, was man selbst erkämpft, begehrenswert ist. Nicht rasten, noch ruhen dürfen wir, viel Arbeit ist noch zu verrichten, 1913 verlangt gerade von uns sehr viel. Es kommt viel darauf an, in welchem Grade wir gewachsen sind. Das Schicksal der gesamten deutschen Arbeiter-schaft hängt von dem Ergebnis des nächsten Jahres ab. An uns darf es nicht liegen, wir müssen alles daran setzen, um unser Ziel zu erreichen, ein jeder muß auf dem Posten sein, jeder muß Hand anlegen, damit recht bald das zweite Tausend der Verwaltungsstellen erreicht ist.

Glöckel. (Eine Abrechnung.) Am Sonntag, den 16. Juli, fand hier eine öffentliche Protest-Versammlung des christlichen Gewerkschaftsstellens statt, um gegen die schamlose Agitationsweise des Sozialbeamten Humold vom sozialdemokratischen Bauarbeiter-Verband Stellung zu nehmen. Herr Humold war durch Einschreibebrief eingeladen. Kollege Koch eröffnete die Versammlung und gab den Briefwechsel bekannt, der zwischen ihm und dem Sozialbeamten Humold stattgefunden hat. Kollege Koch referierte dann über die Erfolge der christlichen Gewerkschaftsbewegung und ihre Stellung im öffentlichen Leben. Nach diesen Ausführungen ging Redner mit dem Sozialbeamten Humold ins Gericht und zeigte an Beispielen, was Geistes-funde derselbe ist, daß er am allerwenigsten dazu berechtigt ist, über die christlichen Gewerkschaften und deren Führern zu Gericht zu sitzen. Mit einem warmen Appell an alle Anwesenden, sich den christlichen Organisationen anzuschließen, schloß Redner seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen. Der Vorsitzende fragte sodann an, ob Humold oder Köhler oder ein sonstiger Vertreter anwesend wäre, um für die in den Flugblättern enthaltenen Anschuldigungen den Wahrheitsbeweis zu bringen. Da die Verkünder es vorgezogen hatten, den Hals zu machen, wurde festgestellt, daß Humold an diesem Tag frei war, aber zu feige ist, öffentlich Rede und Antwort zu stehen. Kollege Gauden ging sodann auf den Inhalt der Flugblätter ein. Sach für Sach wurde derselbe widerlegt und festgestellt, daß die Anschuldigungen voll und ganz erlogen sind. In zum größten Teil auf die sozialdemokratischen Gewerkschaften zurückzuführen. Einige „Genossen“ machten Zwischenrufe, wie „Rechtsverleumdung“, „Mutterstich“ usw. Dies veranlaßte Kollege Effert vom Gewerbeverein der Bergarbeiter, das Wort zu ergreifen, um auch hierüber mit den „Genossen“ abzurechnen. Die Schläge saulten nur so auf die Genossen nieder. Die sonst so rebseligen Sozialisten wagten es nicht, das Wort zu ergreifen. Eine ordentliche moralische Züchtigung wurde ihnen und ihren Führern zuteil. Jedem-falls trägt dieselbe zur Besserung bei.

Folgende Resolution wurde mit allen gegen vier Stimmen angenommen.

Die am 16. Juli im Gefellenhause zu Glöckel stattfindende, vom christlichen Gewerkschaftsstellens einberufene öffentliche Protest-Versammlung erblüht in den christlichen Gewerkschaften die einzig richtige Interessensvertretung der christlich-nationalen Arbeiter und erkennt freudig an, daß dieselben den deutschen Arbeitern bedeutende materielle und ideelle Vorteile verschafft haben.

Die Versammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den schamlosen Verleumdungen und Verdächtigungen, die die Beamten des Deutschen Bauarbeiterverbandes Humold und Köhler gegen die Führer der christlichen Gewerkschaften im allgemeinen und die Beamten des christlichen Bauarbeiterverbandes im besonderen in zwei Flugblättern verbreitet haben.

Sanz entschieden verurteilt die Versammlung die unehrliche und die Arbeiterkraft schädigende Kampfmethode der genannten sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer und ist überzeugt, daß die Führer des christlichen Bauarbeiterverbandes, wie überhaupt die Führer der christlichen Gewerkschaften, stets in entschiedener Weise die Interessen der Arbeiter vertreten haben.

Daher vertritt die Versammlung mit allen erlaubten Mitteln die Ausbreitung der christlichen Gewerkschaften zu fördern, um dadurch die Arbeiterbewegung auf gesunde Bahnen zu lenken, und das niedrige und unläutere Treiben der Genossen in die Schranken zu weisen.

Nach einem harten Schlusswort des Vorsitzenden wurde die gut besuchte Versammlung mit einem fröhlichen Hoch auf die christlich-nationale Arbeiterbewegung geschlossen.

Bezirk Posen. Am Sonntag, den 23. Juli, fand in Posen im Hotel de Saxe eine Konferenz für den Bezirk Posen statt. Die Buchkontrolle ergab, daß alle Delegierte ihre Bücher in Ordnung hatten. Er erschienen waren 19 Delegierte. Entschuldig fehlte der Delegierte aus Schönauke. Unentschuldig fehlten die Delegierten aus Gohensalza, Gnesen, Maurer und Zimmerer Schrimm, Karnit, Jaroschin, Breschen, Köpen, Zimmerer, Schroda und Schmitz. Das Fehlen dieser Delegierten legt kein gutes Zeugnis für ein reges Verbandsleben dieser Ortsgruppen an den Tag. Der Bezirksleiter, Kollege Müller, eröffnete den Tätigkeitsbericht. Derselbe teilte einleitend mit, daß der Bericht eigentlich Kollege Kranz geben sollte, welcher als Bezirksleiter für die Berichtszeit in Frage kam. Da derselbe aber eine Versammlung in Karnit abgehalten der Konferenz vorzog, müsse er den Bericht erhalten. Der Bericht erstreckte sich auf die Jahre 1909 und 1910. War die Verwaltung in den Jahren 1907 und 1908 eine schlechte, so habe sich dieselbe in den beiden Berichtsjahren zu einer lebhaften entwickelt. In Jaroschin, Bronke und Jirte wurden 1909 Tarifverträge mit 1 bis 3 Pf.ohnerhöhung abgeschlossen. In Schroda mußten Sparrtempen herangezogen werden, weil die Unternehmer den tariflichen Lohn um 3 Pf. kürzten. Ebenfalls in Gnesen, wo Herr Schlipper aus Rogulno 2 1/2 Pf. unter Tarif zahlte. Neue Ortsgruppen wurden in den beiden Berichtsjahren 13 gegründet. Die Zahl der Mitglieder betrug 1908 1400; 1909 1400; im 4. Quartal 1910 1375. Im 1. Quartal 1911 beträgt die Zahl der Mitglieder 1704. Die Ausperrung 1910 ist ebenfalls sehr durchgeführt worden, hat aber anger Jaroschin, Argonan und Schönlauke überall zu Tarifverträgen geführt. Die Lohnverbesserungen betragen für die Tarifdauer 5 bis 8 Pf. pro Stunde. In 5 Orten konnte in diesem Jahre ebenfalls der Lohn tariflich festgelegt werden. Der steigenden Mitgliederzahl entsprechend sind auch die Kassenverhältnisse gestiegen. Im Jahre 1910 betragen die Einnahmen der wöchentlichen Beiträge 25370 M. Die Extra- und Zuschlag-Beiträge ergaben 64545 M. Die Berichte der Delegierten ergaben alle Erhebliches, außer Pinau, wo Interessenslosigkeit herrscht. Überall ist ein Entsetzen der Mitgliederzahlen zu verzeichnen. Kollege Schmidt vom Hauptvorstande ging in längeren Ausführungen auf die wichtigsten Punkte ein. Derselbe wies auf die Gefahren hin, die uns aus der Latenz der Arbeitererwachen, indem dieselben überall bei Abbruch von Tarifverträgen auf Staffellöhne drängen. Mit einem Appell, weiter für die gute Sache zu arbeiten, schloß er seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen. Kollege Ringel ergänzte ebenfalls mit noch längeren Ausführungen die erhaltene Berichte. In dem Vortrag über die politische Verbandsarbeit in den Ortsgruppen sprach Kollege Müller auf die Gefahren hin, welche uns in Zukunft drohen. Es genügt nicht bloß starke Organisationen zu schaffen, sondern die Arbeiter müssen auch für die Kämpfe der Zukunft erzogen werden. Redner ermahnte, daß in allen Ortsgruppen alle Monate wenigstens eine Versammlung abgehalten wird, derselben muß eine Vorstandssitzung vorausgehen.

Die Kasserer sollen Mittel und Wege finden, daß trotz der schwierigen Verhältnisse, die an manchen Orten bestehen, jedes Mitglied wöchentlich seine Beiträge bezahlen kann. Ferner sollen dem Bezirksleiter alle Differenzen, die aus den Tarifverträgen entstehen, sofort melden. Es wurde ein Antrag eingebracht, das denjenigen Delegierten, welche die Konferenz nicht bis zu Ende abwarten, die Speisen entzogen werden sollen. Der Kollege Schüller rügte, daß einige Orte die Bezirksstellen nicht verkaufen. Die Konferenz beschloß einstimmig, daß jeder Kollege als Schlussmarke in jedem Jahre die-felbe zu liefern hat. Nachdem noch wichtige Fragen besprochen und erledigt waren, konnte nach 4stündiger Dauer Kollege Ringel mit einem warmen Schlusswort die gut verlaufene Sitzung schließen.

Aus unseren christlichen Verbänden.

Der Gutenbergbund hat innerhalb der christlichen Gewerkschaftsbewegung wohl die schwersten Kämpfe um seine Existenz und Weiterentwicklung zu bestehen. Kaum ein anderer christlicher Berufsverband hat mit einem solch gehässigen und streuplofen Gegner zu kämpfen, wie es der Verband der deutschen Buchdrucker und dessen aufs tiefste Niveau gesunkene Organ der „Korrespondent“ ist. Vernichtung des Gutenbergbundes unter allen Umständen und um jeden Preis, ist die Parole des Verbändlerorgans, das die Mitglieder in jeder Nummer aufs neue verhetzt, an deren niedrigste Instinkte appelliert und vor den insamsten persönlichen Verunglimpfungen der Gutenbergbundsleiter und -mitglieder nicht zurückschreckt.

Die krankhaften Anstrengungen der Verbandsdemagogen sind bisher jedoch vergeblich gewesen und werden es auch in Zukunft bleiben. Das letzte Jahr war ein besonders festes Kampfsjahr, und trotz alledem hat der Gutenbergbund seine Position nach jeder Richtung hin behauptet, sogar noch Fortschritte erzielt. Wie aus dem in einer 20seitigen Broschüre gedruckten vorliegenden Jahresbericht für 1910 zu ersehen ist, betragen die Einnahmen des Bundes järg. von 385 735 M. auf 412 482 M. Aus den Ausgabenposten seien folgende Aufwendungen für Unterstützungen hervorgehoben: Krankengeldzuschuß 23 648 M., Arbeitslosenunterstützung 20 380 M., Jubiläumsgeldunterstützung und Sterbegeld 8208 M., Zuschuß bei Umzügen 1460 M. Die Mitgliederzahl stieg um 114 und betrug am Jahresabschluss 3045.

Die von Verbandsseite beharrlich wiederkehrende Verdächtigung, der Gutenbergbund sei nicht tarifstreu, wird am besten durch die praktische Tätigkeit der verlesenen Organisations widerlegt. Der Gutenbergbund hat im verflohenen Jahre unablässig für den Tarifgedanken gewirkt. Durch seine Funktionen sind 26 Firmen zur Anerkennung der Tarifgemeinschaft im Buchdruckergewerbe veranlaßt worden. Der Jahresbericht kann bezeugen, daß alle Mitglieder, mit einigen verschwindenden Ausnahmen, in tarifstrennen Buchdruckereien beschäftigt sind.

Da angesichts dieser Tatsachen der Vorwurf der Tarifuntreue zur lächerlichen Pfarze wird, versucht es der „Korrespondent“ jetzt mit einer anderen Nummer. Jetzt kauft er das Sprüchlein der Bedeutungslosigkeit des Gutenbergbundes bis zum Ueberdruß wieder, was ihn aber durchaus nicht daran hindert, dieser bedeutungslosen Organisation fast in jeder Nummer spalten- und seitenlange gehässige Kampfsartikel zu widmen. Mögen die Gutenbergbund werden sie ebensowenig kleintrieben, wie der Sozialdemokratie die Vernichtung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung jemals gelingen wird.

Von den Arbeitsstellen.

Düsseldorf. Der Zementur Max Steink stürzte am 22. Juli beim Umbau des Postgebäudes (Firma Hochhaus-gesellschaft) acht Meter tief und zog sich einen Armbruch, Rippenbruch und mehrere Hautabschürfungen zu. Steink war zufällig auf ein Probegestell getreten, um einen Wasserlauf herauszuziehen, wobei das Gestell sich löste und er mit abstürzte.

Paffau. Am 22. Juli, nachmittags gegen 5 Uhr, fiel unser Kollege Franz Hüsch während der Arbeit im Institutsgelände „Freudenheim“ von einer Staffellei herunter. Dabei erlitt er eine Gehirnerschütterung, innere Verletzungen und einen Vorderarmbruch. Er wurde von der Sanitätskolonne in das Krankenhaus gebracht, wo er seinen Verletzungen erlag.

Schneidemühl. 21. Juni. In Nummer 28 des „Grundstein“ wird von einem Baumfall aus Schneidemühl berichtet. Der Bericht ist aber so abgefaßt, als hätte der Polier, welcher Mitglied unseres Verbandes ist, schuld. Wirklich heißt es: Die Ursache war, daß der Polier Hoback, ein Mitglied des christlichen Verbandes, die Stöpselnden der Gerüstbretter zwischen den Miegeln zusammengelegt hatte, anstatt auf den Miegeln. Diese Angaben werden von dem Polier als nicht der Wahrheit entsprechend bezeichnet. Die Tatsache ist wie folgt gewesen: Der Polier hatte ein neues Gerüst gebaut, zu welchem ein Leiterring und eine Laufbahn führte. Die Laufbahn, welche 80 Zentimeter breit war, befand sich auf dem vorher benutzten Gerüst. Auf diesem Gerüst lagen neben dem Laufgang noch einige Bretter, eines davon ist vielleicht durch Verschieben mit dem Stöpselnden vom Miegel herunter gestossen worden. Trotzdem der Polier den Arbeiter gewarnt hat, nicht auf die neben der Bahn liegenden Bretter zu treten, so ist der Arbeiter, trotz dieser Warnung auf eines der herumliegenden Bretter getreten und der bedauerliche Unfall war geschehen. Die Kommission, welche von der Berufsgenossenschaft aus die Unglücksstelle untersuchte, hat dem Polier keine Schuld zugeschrieben können.

Werne, Bezirk Münster. Am 21. Juli stürzte der Arbeiter Moil an dem Neubau Frite aus dem dritten Stockwerk und erlitt schwere Verletzungen an der Schulter. Würde es nicht zu traurig, könnte man eine verdiente Strafe darin erblicken, daß er den Kollegen Terbrügge aus Hamm bedrohte, ihn um Leben zu bringen. Kollege Terbrügge war zweimal wegen mangelhafter Abdeckung am Bau vorstellig geworden. Dieser Arbeiter war unorganisiert, sonst hätte er solche Verurteilungen nicht gemacht.

Bekanntmachungen.

Achtung, Arbeitslose. Nach Werne, Bez. Münster, werden sofort Maurer und Arbeiter gesucht. Stundenlohn für Maurer 55 Pfg. Zu melden beim Kollegen Anton Kischegge, Werne, Bez. Münster, Hloggenmarkt 280.

Sterbetafel.
Am 20. Juli 1911 starb unser treues Mitglied Peter Rotshovra im Alter von 84 Jahren an Lungenerkrankung. Ein-Chrenfeld.
Ehre seinem Andenken!